

PRESSEINFORMATION



Neustart in der Energiepolitik jetzt!

Kronberger Kreis, Schriftenreihe der Stiftung Marktwirtschaft, Band 58

Autoren: Lars P. Feld, Clemens Fuest, Justus Haucap, Heike Schweitzer, Volker Wieland, Berthold U. Wigger

Herausgeber: Stiftung Marktwirtschaft, Berlin 2014; ISBN 3-89015-117-5

Der Kronberger Kreis, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, fordert einen energiepolitischen Neustart in Deutschland. Bei Fortführung des Status quo drohen ansonsten die drei energiepolitischen Oberziele – Umwelt- und Klimaschutz, Versorgungssicherheit sowie Kosteneffizienz – weit verfehlt zu werden. Damit aber wäre der deutsche Sonderweg in der Energiepolitik eher abschreckendes Beispiel als internationales Vorbild im Kampf gegen den Klimawandel.

Als überlegenes klimapolitisches Instrument empfiehlt der Kronberger Kreis eine Stärkung und Ausweitung des internationalen CO₂-Emissionshandels und die Abschaffung des EEG. Sollte die Politik dazu die Kraft nicht finden, müssen angesichts der systemimmanrenten Mängel des EEG alternative, marktkonforme Reformen angegangen werden. Hierfür empfiehlt der Kronberger Kreis ein zertifikatbasiertes Grünstrom-Quotenmodell nach schwedischem Vorbild. Um effiziente Standortentscheidungen für Kraftwerke zu induzieren sowie einen effizienten Netzausbau zu befördern, sollten zudem geographisch differenzierte Preise im Stromgroßhandel oder aber geographisch differenzierte Netzentgelte auf der Erzeugerseite eingeführt werden. Aus heutiger Sicht nicht erforderlich ist hingegen die – immer wieder geforderte – Einführung eines Kapazitätsmechanismus für konventionelle Kraftwerke.

Herausforderung Energiewende

Deutschland hat mit der Energiewende einen **internationalen Sonderweg in der Energiepolitik** eingeschlagen. Die mit diesem Sonderweg verbundenen Ziele sind vielfältig und werden von verschiedenen Interessen- und Anspruchsgruppen sehr unterschiedlich interpretiert. Der Gesetzgeber hat die drei Ziele Umwelt- und Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Preisgünstigkeit als Oberziele ausgegeben.

Mit messbaren Zielvorgaben verbunden sind in diesem energiepolitischen Zieldreieck jedoch nur diverse umwelt- und klimapolitische Unterziele. Für die Ziele **Versorgungssicherheit und Preisgünstigkeit fehlt es an jeglichen messbaren Zielvorgaben**. Welcher Preisanstieg für welche Energieverbraucher noch als akzeptabel eingestuft wird, ist ebenso unklar wie die konkreten Ziele im Bereich der Versorgungssicherheit. Wie Theorie und Praxis zeigen, drohen Ziele, für die es keine messbaren Zielvorgaben gibt, vernachlässigt zu werden. Bundesregierung und gesetzgebende Körperschaften werden daher aufgerufen, sich auch für die beiden Ziele Versorgungssicherheit und Preisgünstigkeit auf messbare Zielgrößen zu verständigen, an denen sich der **Erfolg der Energiewende messen lässt**.

Das Einhalten der Ziele im Bereich der Versorgungssicherheit und der Preisgünstigkeit ist nicht nur sui generis wichtig, um die Akzeptanz für die Energiewende nicht zu gefährden, sondern vor allem aus Klimaschutzgründen selbst. Nur wenn die Energiewende in Deutschland als gelungenes Beispiel für einen Umstieg zu einer CO₂-armen Energieversorgung gilt, darf man überhaupt auf

Nachahmer hoffen. Eine mit Kostenexplosionen und Versorgungsunsicherheiten verbundene Energiewende wird hingegen international nicht vorbildlich wirken, sondern abschreckend. Jüngste Reaktionen aus Ländern wie Australien lassen befürchten, dass dies mehr als nur eine theoretische Überlegung ist. Wirkt aber die Energiewende in Deutschland als abschreckendes Beispiel für andere Nationen, dann wird die Energiewende nicht nur nichts für den internationalen Klimaschutz bewirken. Vielmehr würde dann mit der Energiewende sogar das Gegenteil von dem bewirkt, was eigentlich beabsichtigt ist. Andere Staaten werden in ihren Klimaschutzbemühungen nachlassen oder diese ganz aufgeben, wenn ein technisch und wirtschaftlich so entwickeltes Land wie Deutschland demonstriert hat, dass eine Energiewende ohne große Kollateralschäden nicht möglich ist. Die Demonstration, dass die Energiewende nicht mit überbordenden Preisen, Versorgungsunsicherheiten, Wachstumseinbußen und Arbeitsplatzverlusten einhergehen muss, ist also auch aus Klimaschutzgründen essentiell.

Handlungsempfehlungen

Das **beste Instrument für einen Klimaschutz** ist ein möglichst umfassendes Emissionshandelssystem, wie es im EU ETS angelegt ist. Durch den Emissionshandel werden die externen Kosten der Emission von Treibhausgasen internalisiert und zugleich Anreize gesetzt, Treibhausgase dort zu vermeiden, wo dies kostengünstig möglich ist. Ein solches klimapolitisches Instrument ist **hochgradig kompatibel mit Markt- und Wettbewerbs-**

mechanismen. Die Kritik am EU ETS hingegen reflektiert in Teilen eine paradoxe Situation: Während es über das EU ETS gelingt, die CO₂-Emissionen wie gewünscht zu reduzieren, und dies offensichtlich sogar deutlich günstiger ist als erwartet, wird Letzteres von einigen Kommentatoren als Funktionsmangel des EU ETS angesehen. In krassem Gegensatz dazu gelingt es in Deutschland trotz geradezu explodierender EEG-Kosten nicht, den CO₂-Ausstoß zu drosseln. Dennoch wird das EEG von nicht wenigen Interessengruppen als großer Erfolg gefeiert, an dem sich andere Staaten orientieren mögen. Von einer vernunftgeleiteten und verantwortungsbewussten Politik ist dies weit entfernt.

Verbesserungspotenziale hat das EU ETS aber gleichwohl. Zum einen sollte die Politik dafür Sorge tragen, **frühzeitig die Rahmenbedingungen für den Emissionshandel nach 2020 festzulegen**. Zum anderen sollten die Bemühungen verstärkt werden, weitere Staaten und Sektoren – hier vor allem den Wärmemarkt und den Verkehrssektor – in das EU ETS einzubeziehen.

Erst wenn die Politik die Kraft nicht findet, den Emissionshandel zum primären Instrument des Klimaschutzes zu machen, sollten Alternativen in Betracht gezogen werden. **Das EEG leidet dabei unter zahlreichen gravierenden systemimmanenten Mängeln.** Aufgrund der fehlenden Kopplung mit dem EU ETS verfehlt es seine klimaschützende Wirkung. **Der CO₂-Ausstoß wird zwar in Europa verlagert, nicht aber verringert.** Der fehlende Wettbewerb im Bereich der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und das System der jahrzehntelang fixierten Einspeisevergütungen führen zu einer „Produce and Forget“-Mentalität und mangelndem Verantwortungsbewusstsein bei den Erzeugern, die von den Festvergütungen profitieren. Kritisch ist daher **ein möglichst rascher und umfassender Übergang zur verpflichtenden Direktvermarktung**. Die bisherigen Vorhaben der Bundesregierung sind in dieser Richtung zu langsam und zu mutlos.

Der Übergang zu einer umfassenden verpflichtenden Direktvermarktung könnte am besten in einem **zertifikatebasierten Quotenmodell nach schwedischem Vorbild** realisiert werden, bei dem Energieversorger verpflichtet werden, eine vorgegebene Quote des von ihnen vertriebenen Stroms aus erneuerbaren Quellen zu beziehen. Das Beschaffungsmanagement und die Vertragsgestaltung würden dabei komplett den Marktakteuren und damit dem Wettbewerb überlassen. Nur ein solches zertifikatebasiertes Quotensystem stellt sicher, dass sich nicht nur effiziente Technologien durchsetzen, sondern auch ein effizientes Beschaffungsmanagement. Gerade der Wettbewerb der Vertragsformen wird bei Auktions- und Marktprämienmodellen verhindert, wenngleich selbst diese Modelle durch den Schritt zur Direktvermarktung schon erhebliche Vorteile gegenüber dem bisherigen EEG bieten.

Nicht erforderlich sind aus heutiger Perspektive Kapazitätszahlungen für konventionelle Kraftwerke. Der Strommarkt ist durch massive Überkapazitäten gekennzeichnet, sodass die Stilllegung von Kapazitäten geradezu ein Zeichen für das Funktionieren des Marktes ist und nicht für sein Versagen. Ein systematisches Marktversagen ist im sog. Energy-Only-Markt nicht zu erkennen. Wie internationale Erfahrungen zeigen, droht die Einführung

von Kapazitätsmechanismen hingegen ein neues Einfallsstor für die Einflussnahme von Partikularinteressen zu öffnen. Zudem verhindern Kapazitätsmechanismen tendenziell, dass Flexibilitätsmöglichkeiten auf der Nachfrageseite genutzt oder erst geschaffen werden. Wenn überhaupt, sollten Kapazitätsmechanismen nicht national angelegt werden, sondern grenzüberschreitend.

Um schließlich effiziente Standortentscheidungen für Kraftwerke zu induzieren sowie einen effizienten Netzausbau zu befördern, sollten **geographisch differenzierte Preise im Stromgroßhandel** (Market Splitting) oder aber **geographisch differenzierte Netzentgelte auf der Erzeugerseite** (Stichwort: G-Komponente) eingeführt werden. Sowohl für das Market Splitting als auch für die G-Komponente lassen sich Vor- und Nachteile identifizieren. Gemeinsam ist beiden Ansätzen das ökonomisch sehr sinnvolle Anliegen, über eine geographische Differenzierung von Preisen oder Entgelten sowohl Anreize für eine effiziente Entscheidung von Kraftwerkstandorten und -laufzeiten als auch für einen effizienten Netzausbau zu schaffen.

Der Kronberger Kreis stellt sich vor



Prof. Dr. Lars P. Feld

Sprecher des Kronberger Kreises, Universität Freiburg, Leiter des Walter Eucken Instituts, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.



Prof. Dr. Clemens Fuest

Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim, Mitglied und ehem. Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums der Finanzen.



Prof. Dr. Justus Haucap

Universität Düsseldorf, Mitglied und ehem. Vorsitzender der Monopolkommission, Vorsitzender des Forschungsbereits des RWI Essen, Forschungsprofessor am DIW Berlin.



Prof. Dr. Heike Schweitzer, LL.M. (Yale)

Freie Universität Berlin, Fachbereich Rechtswissenschaft, Forschungsschwerpunkte im Bereich des Europäischen Wirtschafts- und Wettbewerbsrechts.



Prof. Volker Wieland Ph.D.

Universität Frankfurt am Main, House of Finance, Research Fellow am Center for Economic Policy Research, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.



Prof. Dr. Berthold U. Wigger

Karlsruher Institut für Technologie, Forschungsprofessor am ZEW Mannheim, Research Fellow am CESifo München, Fiscal Expert des Internationalen Währungsfonds.

„Mehr Mut zum Markt“ lautet die Devise des Kronberger Kreises, dem wissenschaftlichen Beirat der Stiftung Marktwirtschaft. Der 1982 gegründete Kronberger Kreis entwickelt ordnungspolitische Reformkonzepte, mit dem Ziel, die freiheitliche Ordnung in Deutschland und Europa weiterzuentwickeln.